NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 15.01.2026 | Hassan Herzallah

Moralischer Bankrott

Der Winter in Gaza ist auch politisch gemacht. Der Waffenstillstand kann das Leid nicht beenden.

Zum Jahresanfang 2026 herrscht in Gaza ein fragiler Waffenstillstand, doch angesichts des Winters ist von normalen Verhältnissen nichts zu spüren. Überflutete Straßen, Zelte, die keinen Schutz vor der Kälte bieten, und lange Nächte ohne Strom zeugen von einer Realität, die viele lieber ignorieren: In Gaza ist der Winter nicht nur eine natürliche Jahreszeit oder eine klimabedingte Katastrophe, sondern ein Zustand, der politisch gemacht ist – durch Restriktionen und die anhaltende Belagerung. Die Bombardierungen haben zwar aufgehört, aber die Lebensbedingungen sind dieselben geblieben, als ob der Krieg nicht beendet wäre, sondern lediglich seine Form geändert hätte.

Angesichts des Waffenstillstands ging man allgemein davon aus, dass sich die Bedingungen in Gaza automatisch verbessern würden. Heute fragt sich: Was hat sich tatsächlich geändert? Die Grenzübergänge sind nach wie vor alles andere als offen, Baumaterialien sind knapp, Stromversorgung existiert nicht, sogar humanitäre Hilfe und die Lieferung von Zelten werden behindert. Infolgedessen ist dieser Winter nicht nur wetterbedingt hart. Angesichts der politischen Restriktionen sind Kälte und Regen zu zusätzlichen Druckmitteln gegen die Bevölkerung geworden, die ohnehin schon unter außergewöhnlichen Bedingungen lebt.

Die Kälte wird noch tödlicher, wenn den Menschen Strom und Heizungen vorenthalten werden.

Der Winter in Gaza ist also kein vorübergehendes saisonales Ereignis, sondern eine direkte Folge der Belagerung. Die unsicheren, abgenutzten Zelte, in denen Tausende von Familien untergebracht sind, zeugen nicht einfach von Armut, sondern von der bewussten Verschleppung des Wiederaufbaus. Die Kälte wird noch tödlicher, wenn den Menschen Strom und Heizungen vorenthalten werden und wenn die grundlegendsten Dinge, die zum Leben notwendig sind, zu fast unmöglichen Privilegien

werden.

Was diese Realität noch gefährlicher macht, ist ihr Zeitpunkt. Seit Oktober 2025 gilt – zumindest auf dem Papier – ein Waffenstillstand; seitdem behandelt die Welt Gaza so, als hätte es den Krieg hinter sich oder als befände es sich auf dem Weg der Besserung. Doch trotz anhaltender Bombardierungen und täglicher Angriffe geht die internationale Aufmerksamkeit zurück – und mit ihr der politische Druck, der notwendig wäre, um dauerhafte Veränderungen zu erzwingen.

Derweil ist das Leben vor Ort weiterhin geprägt von Belagerung und Instabilität. Die Menschen, die hier leben, sehen nicht die Behörden und die Ausschüsse, sondern nur die Realität, die sich ihnen bietet. Für sie ist die Frage, wen Trump und seine Regierung in Gaza an die Macht bringen werden, fast irrelevant geworden. Wichtig sind nicht die Namen von Ausschüssen oder Beamten, sondern ob diejenigen an der Macht den Menschen die Rechte gewähren können, die ihnen zustehen: funktionierende Stromversorgung, sichere Unterkünfte, Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten. Nach Jahren des Krieges und der Belagerung hat nur noch das Überleben Priorität, nicht mehr die Politik. Hoffnung hängt von konkreten Maßnahmen ab und nicht mehr von Versprechungen auf dem Papier.

Die Beschränkung der Tätigkeit von 37 internationalen humanitären Organisationen in Gaza hat direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Diese Organisationen sind keine abstrakten, fernen Institutionen, sondern vor Ort überlebenswichtig. Es sind Teams, die Lebensmittel verteilen, Kliniken, die Verwundete versorgen, und Akteure, die einen minimalen Zugang zu sauberem Wasser und grundlegenden Dienstleistungen ermöglichen – an einem Ort, an dem die Verfügbarkeit grundlegender Ressourcen eher die Ausnahme als die Regel ist.

Nach jahrelanger Belagerung, Völkermord und der Zerstörung der Infrastruktur ist Gaza unfähig, sich selbst zu versorgen.

Diese humanitären Organisationen aus der ohnehin schon fragilen Landschaft Gazas zu verdrängen, ist kein neutraler Schritt; es ist eine politische Entscheidung, die sich direkt in eine Frage von Leben und Tod übersetzt. Nach jahrelanger Belagerung, Völkermord und der Zerstörung der Infrastruktur ist Gaza unfähig, sich selbst zu versorgen: Krankenhäuser arbeiten mit stark eingeschränkter Kapazität, sauberes Wasser ist nach wie vor knapp und ganze Wohnviertel liegen in Trümmern. Unter

diesen Umständen bedeutet die Einschränkung der humanitären Arbeit, dass Millionen von Zivilisten ihrer grundlegendsten Rechte beraubt werden.

Diese Realität gerät häufig in den Hintergrund, wenn von der „Einfuhr von Hilfsgütern“ die Rede ist, die oft als Beweis für eine Verbesserung der Lebensumstände nach dem Waffenstillstand angeführt wird. Doch die zeitweise Öffnung der Grenzübergänge oder das Einlassen einer begrenzten Anzahl von Lastwagen können das Fehlen eines – stabil funktionierenden – humanitären Systems nicht kompensieren. Durch die Kriminalisierung der humanitären Arbeit – etwa durch den Vorwurf, mit Terroristen in Verbindung zu stehen – werden die letzten Schutz- und Dokumentationsmechanismen beseitigt. Gaza wird weiter isoliert, selbst in dem Moment, in dem der Waffenstillstand angeblich eine neue Phase eingeläutet hat.

Die Härte in diesem dritten Winter in Folge ist nicht abstrakt, sondern schmerzliche Realität. In dem Lager, in dem ich lebe, reichten 17 Minuten Regen aus, um es vollständig zu überfluten. In dieser kurzen Zeit strömte Wasser in die Zelte, und die Menschen verloren den größten Teil ihrer wenigen Habseligkeiten, die sie bei ihrer Vertreibung mitgenommen hatten. Die täglichen Wettervorhersagen haben existenzielle Implikationen; Warnungen vor einem herannahenden Tiefdruckgebiet bedeuten nicht weniger als die Angst vor einer Nacht, in der die Zelte dem Wind möglicherweise nicht standhalten. Und während wir versuchen, das Wenige zu schützen, was uns geblieben ist, beschädigen die täglichen Stürme nicht nur Zelte; sie haben auch Teile bewohnter Gebäude zum Einsturz gebracht und damit allen vor Augen geführt, wie fragil das Leben hier ist: Kaum jemand hat eine sichere Unterkunft.

Rechte, die in vielen Teilen der Welt selbstverständlich sind, sind in Gaza nach wie vor fast unerreichbar.

Täglich zeigt sich: Rechte, die in vielen Teilen der Welt selbstverständlich sind – sicheres Wohnen, Grundversorgung und Bewegungsfreiheit –, sind in Gaza nach wie vor fast unerreichbar. Dennoch ist das Leben der Menschen nicht von passivem Warten oder von Hilflosigkeit geprägt, sondern von den fortwährenden Bemühungen, sich anzupassen – von anhaltender Hoffnung. Diese Beobachtungen offenbaren nicht nur die menschlichen Kosten der Belagerung, sondern auch die Widerstandskraft, die entsteht, wenn alle anderen Optionen versperrt sind.

Diese Widerstandsfähigkeit jedoch in eine inspirierende Wohlfühlgeschichte zu verwandeln, wäre unangemessen. Die Bewunderung für den Überlebenswillen der Menschen darf nicht zu einer Rechtfertigung für die Bedingungen werden, die diese Ausdauer überhaupt erst nötig macht. Das alltägliche Durchhalten ist kein Ersatz für Rechte; das Leiden darf nicht normalisiert oder als unvermeidbare Realität akzeptieren werden.

Angesichts des Winters 2025/26 in Gaza stellen sich folgende Fragen: Wenn das Leben nach einem – zumindest auf dem Papier bestehenden – Waffenstillstand noch immer so hart ist, was bedeutet dann eigentlich die „Verbesserung", von der allenthalben die Rede ist? Und wenn die grundlegenden Beschränkungen weiterhin bestehen, warum hat dann die internationale Aufmerksamkeit nachgelassen? Sollte das Leiden der Zivilbevölkerung aus dem Blickfeld geraten, nur weil die Schlagzeilen nicht mehr von Massenmorden dominiert werden?

Was die Menschen in Gaza brauchen, ist nicht saisonale Sympathie, sondern klare und dringende politische Maßnahmen. Kurzfristig müssen die Grenzübergänge offen gehalten werden, damit ohne Einschränkungen Treibstoff, Lebensmittel, Medikamente und Wintervorräte eingeführt werden können. Treibstoff ist unerlässlich, um Krankenhäuser am Laufen zu halten, um die Wasserversorgung aufrechtzuerhalten und um Familien im Winter mit Wärme zu versorgen. Außerdem müssen die unsicheren Zelte dringend durch geeignete Notunterkünfte ersetzt werden, beispielsweise mit Wohnwagen und isolierten Behelfsunterkünften, die die Menschen vor Regen, Wind und Kälte schützen. Die winterliche Nothilfe sollte sich auf Kinder, ältere Menschen und Kranke konzentrieren, während zivile Unterkünfte und Infrastruktur vor weiteren Schäden geschützt werden müssen.

Langfristig braucht es mehr als nur humanitäre Hilfe, um eine weitere Winterkrise zu verhindern. Die Belagerung muss aufgehoben werden, um einen echten Wiederaufbau von Häusern, Schulen und grundlegender Infrastruktur zu ermöglichen. Die Menschen verdienen die Chance, ihr Leben durch Arbeit und Bildung neu aufzubauen. Dies muss mit anhaltendem politischem Druck und mit Rechenschaftspflicht einhergehen, um eine erneute Zerstörung des Gazastreifens zu verhindern.

Ohne diese Veränderungen wird jedes neue Jahr im Gazastreifen nur eine Zahl sein – und jeder Winter eine Frage des Überlebens. In Gaza wird die Temperatur im Winter nicht nur in Grad Celsius gemessen; entscheidend ist auch die Fähigkeit, sie zu ertragen. Und während die

Menschen weiterhin durchhalten, stellt das Fortbestehen dieser Bedingungen nicht nur ihre Widerstandsfähigkeit auf die Probe, sondern auch die Glaubwürdigkeit des gesamten internationalen Systems – eine moralische Bankrotterklärung. Denn wenn der Winter politisch gesteuert wird, ist er nicht mehr eine Frage des Wetters, sondern eine Frage des Lebens.



Hassan Herzallah

Hassan Herzallah ist ein in Gaza lebender Übersetzer, Schriftsteller und Geschichtenerzähler. Er studiert im dritten Jahr Englischübersetzung an der Islamischen Universität Gaza.